



Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1989/90

Westliche Industrieländer: Anhaltende Expansion bei zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten	291
Bundesrepublik Deutschland: Kräftiges Wirtschaftswachstum auch im nächsten Jahr	297
Zur außenwirtschaftlichen Problematik	304

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26-27/89

Berlin

29. Juni 1989

56. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1989/90

Westliche Industrieländer:

Anhaltende Expansion bei zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist weiterhin durch eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung gekennzeichnet. Das insgesamt erfreuliche Bild wird jedoch nach wie vor dadurch getrübt, daß die Leistungsbilanzen wichtiger Länder mit hohen Salden abschließen und diese einen erheblichen Störfaktor bilden. Zwar hat sich das große Leistungsbilanzdefizit der USA seit dem letzten Jahr verringert. Jedoch muß befürchtet werden, daß es künftig nicht mehr so abgebaut wird, wie das erwünscht ist. Mit einer weiteren merklichen Verminderung des japanischen Überschusses — des wichtigsten Gegenpostens zum amerikanischen Defizit — ist in diesem Jahr bei sich leicht abschwächender Expansion der japanischen Wirtschaft nicht zu rechnen. Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik Deutschland wird sich sogar nochmals vergrößern. Dies wird aber vornehmlich zu Lasten anderer europäischer Länder gehen, deren Leistungsbilanzen sich weiter passivieren.

In den USA hatte die überraschend starke gesamtwirtschaftliche Expansion im vergangenen Jahr zur Anspannung in der Auslastung des Produktionspotentials und zur Beschleunigung des Preisauftriebs geführt. Zwar gelang eine beträchtliche Ausweitung des Exports; die Importzunahme schwächte sich jedoch nicht im erwünschten Maße ab.

Um die Gefahr einer weiteren Inflationsbeschleunigung zu bannen und über ein Zurückdrängen der Binnennachfrage Kapazitäten für den Export freizumachen, wurde die Geldpolitik im bisherigen Verlauf dieses Jahres erheblich restriktiver gestaltet. Diese Politik hat zu einer Abkühlung

des konjunkturellen Klimas bei nicht mehr verstärktem Preisauftrieb geführt. Die Geldnachfrage hat sich abgeschwächt, die Zinsen sind wieder leicht gesunken. Die vorangegangene Zinssteigerung, die zu vermehrter Kapitalanlage in den USA anreizte, aber auch der leichte Rückgang des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits zogen eine Erhöhung des Dollarkurses nach sich. Unterstützte dies auch die Bekämpfung des Preisauftriebs, so wird doch eine anhaltende Verminderung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits durch die wechselkursbedingte Verschlechterung der amerikanischen Wettbewerbsposition erschwert. Der Spielraum, den die restriktive Geldpolitik durch die Verlangsamung der Expansion der Inlandsnachfrage schafft, kann deshalb nicht ausreichend zur Verbesserung der Außenwirtschaftssituation genutzt werden. Wegen der Stärke des Dollars werden den nachlassenden Impulsen aus dem Inland wohl kaum sich verstärkende Impulse aus dem Ausland gegenüberstehen.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen der USA befinden sich somit in einem Dilemma: Die zur Inflationsbekämpfung und zum Zurückdrängen der Expansion der Inlandsnachfrage erforderliche Geldpolitik führt zusammen mit anderen Faktoren zu Aufwertungstendenzen für den Dollar, die die Zunahme der Auslandsnachfrage erschweren. Würde der gegenwärtige restriktive geldpolitische Kurs fortgeführt, so käme es zu einer stärkeren konjunkturellen Abschwächung, mit der eine Importabnahme einherginge. Für eine weitere Verbesserung der Leistungsbilanz, die auf diese Weise erreicht würde, wäre dies aber ein hoher Preis.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1987 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	9,2		3,4	3,5	3,0	3,5	2,5	3,0	1,5	2,5	2,5
Frankreich	7,2	14,8	3,4	3,0	2,5	3,6	3,0	2,5	3,2	3,0	3,0
Italien	6,2	10,7	3,9	3,5	3,0	4,3	4,0	3,5	6,0	6,0	6,0
Großbritannien	5,6	10,7	3,6	2,5	1,5	6,5	3,5	1,0	6,7	7,0	6,0
Spanien	2,4	3,4	5,0	4,5	4,0	6,1	5,5	4,5	5,0	6,0	6,0
Niederlande	1,7	10,7	2,8	3,5	3,0	2,1	4,0	2,0	0,5	1,0	1,5
Belgien	1,2	9,0	3,5	3,0	2,5	4,0	3,0	2,5	1,5	2,0	2,0
Dänemark	0,8	2,6	-0,2	0,5	1,0	-2,1	0,0	0,5	4,9	4,0	4,0
Griechenland	0,4	1,1	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	13,0	12,0	12,0
Portugal	0,3	0,9	4,0	3,0	2,5	6,0	4,5	4,0	7,0	6,5	6,5
Irland	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	-3,0	-0,5	-1,0	3,5	3,0	3,0
EG	35,1		3,5	3,2	2,6	4,1	3,2	2,6	3,9	4,3	4,1
EG ohne BRD	25,9		3,5	3,1	2,5	4,3	3,5	2,5	4,8	4,9	4,7
EG ohne BRD ⁴⁾		64,4	3,3	3,0	2,5	3,8	3,4	2,3	4,0	4,1	4,0
Schweiz	1,5	7,5	3,0	2,5	2,0	4,4	3,0	2,5	3,0	3,0	3,0
Schweden	1,3	3,7	2,1	1,5	1,0	2,9	2,0	1,5	5,5	5,5	6,0
Österreich	0,9	6,6	4,2	3,0	2,5	4,9	3,0	2,5	1,5	2,0	2,0
Finnland	0,7	1,4	4,8	3,5	3,0	6,5	4,5	3,5	6,2	5,0	5,0
Norwegen	0,7	1,3	1,5	2,0	1,5	-2,6	-2,5	1,5	4,2	4,5	2,5
Europäische Industrieländer	40,2		3,4	3,1	2,5	4,0	3,1	2,6	3,9	4,2	4,1
Europäische Industrie- länder ohne BRD	31,0		3,4	3,0	2,4	4,2	3,3	2,4	4,6	4,7	4,5
Europäische Industrie- länder ohne BRD ⁴⁾		84,8	3,3	2,9	2,4	3,9	3,2	2,3	3,8	3,9	3,8
USA	36,9	11,6	3,9	2,5	1,5	3,0	2,0	1,0	3,4	5,0	5,0
Kanada	3,4	1,1	4,5	3,0	2,0	5,8	3,0	2,0	4,2	5,0	5,0
Japan	19,5	2,5	5,7	5,0	4,5	7,7	5,0	4,5	0,4	2,0	2,0
Außereurop. Industrieländer	59,8		4,5	3,3	2,5	4,7	3,0	2,2	2,5	4,0	4,0
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		15,2	4,2	2,9	2,0	4,0	2,6	1,6	3,0	4,5	4,5
Insgesamt	100,0		4,1	3,2	2,5	4,4	3,1	2,3	3,1	4,1	4,0
Insgesamt ohne BRD	90,8		4,1	3,2	2,5	4,5	3,1	2,3	3,2	4,3	4,2
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	3,4	2,9	2,3	3,9	3,1	2,2	3,7	4,0	3,9

1) Auf Dollarbasis. — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Deflationierungsfaktor des BSP. — 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Diese Verbesserung könnte freilich auch auf einem anderen Weg angestrebt werden. Wenn es gelänge, den Anstieg des privaten Verbrauchs vornehmlich durch finanzpolitische Maßnahmen zu begrenzen, könnte die Geldpolitik wieder mehr wechselkursorientiert und damit expansiver sein. Wäre die wechselkursbedingte Ver-

schlechterung der amerikanischen Wettbewerbsposition nur eine kurzfristige Erscheinung, so dürften sich die Impulse, die von der Auslandsnachfrage auf die amerikanische Wirtschaft ausgehen, wieder verstärken. Dämpfenden Einflüssen der Finanzpolitik stünden Impulse aus dem Ausland gegenüber. Die konjunkturelle Abschwä-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlage-investitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe		
	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	2,5	2,0	3,5	1,8	0,5	1,5	5,8	5,5	4,0	5,5	9,0	6,0	5,9	6,0	5,5
Frankreich	2,7	2,5	2,0	2,3	2,5	2,5	7,0	5,5	5,0	7,4	6,0	5,0	8,0	6,5	5,5
Italien	3,8	3,5	3,5	3,0	2,5	2,0	4,9	5,5	5,0	5,9	5,5	5,0	7,2	7,0	6,5
Großbritannien	6,5	3,5	1,5	0,5	1,0	1,0	11,8	6,0	0,0	-1,0	5,5	5,0	11,9	8,0	3,0
Spanien	4,5	4,0	3,5	5,5	3,0	3,0	11,0	9,5	8,5	7,0	6,0	6,0	12,0	9,5	8,5
Niederlande	2,0	3,5	3,0	0,5	1,0	1,0	5,0	4,5	4,0	7,0	5,5	5,5	6,0	6,0	4,5
Belgien	2,5	2,5	2,5	0,5	0,5	0,5	10,0	7,0	5,0	6,5	5,0	4,5	7,0	5,0	4,5
Dänemark	-1,3	0,0	1,0	-0,1	1,0	0,5	-6,9	0,5	1,5	5,6	3,0	3,0	0,6	2,0	2,0
Griechenland	1,0	1,0	1,0	3,0	2,5	2,0	2,0	2,0	2,0	3,5	3,5	3,0	3,5	3,5	3,0
Portugal	5,0	3,5	3,0	3,0	2,0	2,0	10,0	7,0	6,0	7,0	6,5	6,0	11,0	8,5	7,5
Irland	0,5	1,0	1,0	-4,5	-2,0	-1,0	-3,0	0,0	1,0	11,0	6,5	6,0	7,0	5,5	5,0
EG ¹⁾	3,5	2,8	2,7	1,9	1,5	1,7	6,8	5,7	4,1	5,2	6,6	5,3	7,7	6,5	5,1
EG ohne BRD ¹⁾	3,8	3,1	2,4	1,9	1,9	1,8	7,2	5,7	4,1	5,1	5,5	5,0	8,3	6,7	4,9
Schweiz	2,3	2,5	2,5	3,2	3,5	3,0	5,8	6,0	5,0	5,4	4,5	4,0	7,9	5,5	4,5
Schweden	2,2	1,0	1,0	1,4	1,5	1,5	5,3	3,0	2,0	3,0	3,0	2,0	5,5	4,0	3,0
Österreich	3,5	3,5	3,0	0,5	0,5	0,5	5,3	4,5	3,0	8,5	7,5	5,5	10,0	7,5	5,5
Finnland	5,0	4,0	3,5	3,3	3,0	2,5	10,5	5,5	3,0	4,2	3,0	3,0	10,1	6,5	5,0
Norwegen	-1,6	0,0	1,0	1,1	2,5	2,0	3,3	-1,0	0,0	6,0	7,0	2,0	-2,2	-2,0	2,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	3,3	2,7	2,6	1,9	1,6	1,7	6,7	5,4	3,9	5,3	6,3	5,0	7,5	6,2	4,9
Europäische Industrieländer ohne BRD ¹⁾	3,6	2,9	2,4	1,9	1,9	1,8	7,0	5,4	3,9	5,2	5,4	4,7	8,0	6,3	4,8
USA	2,8	2,5	1,5	-0,1	2,0	1,0	5,8	4,0	2,0	18,0	9,5	7,0	8,7	5,0	3,0
Kanada	4,3	3,0	2,0	2,8	2,0	1,5	12,5	6,0	3,0	8,8	8,5	8,0	13,3	9,0	8,5
Japan	5,0	4,5	4,5	2,1	2,5	3,0	13,3	7,5	5,0	7,9	8,0	5,0	21,2	8,0	6,0
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3,5	3,1	2,4	0,5	2,1	1,4	9,6	5,7	3,4	13,2	8,8	6,4	12,3	6,2	4,4
Insgesamt ¹⁾	3,5	3,0	2,5	1,1	1,9	1,6	8,4	5,6	3,6	8,2	7,3	5,5	9,4	6,2	4,7
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,5	3,1	2,4	1,1	2,0	1,6	8,7	5,6	3,6	8,8	6,9	5,5	10,0	6,2	4,6

1) Gewichte 1987 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

chung könnte sich in Grenzen halten, und die amerikanische Leistungsbilanz würde sich bei anhaltender konjunktureller Aufwärtsbewegung verbessern.

Die Prognose der Wirtschaftsentwicklung hängt weitgehend von der Annahme über den weiteren wirtschaftspolitischen Kurs ab. Es kann wohl kaum davon ausgegangen werden, daß der Federal Reserve Board die jetzige sehr restriktive Geldmengenpolitik fortsetzen wird. Aber auch ein Stafettenwechsel, bei dem die Finanzpolitik die bisherige Rolle der Geldpolitik weitgehend übernimmt, ist unwahrscheinlich. Zu erwarten ist vielmehr, daß die Geldpolitik ihren restriktiven Kurs leicht lockert; die Finanzpolitik

wird im nächsten Finanzjahr jedoch nicht so angelegt sein, daß der Geldpolitik der außenwirtschaftlich notwendige Handlungsspielraum zur Verfügung steht.

Die geldpolitische Lockerung dürfte zwar verhindern, daß es zu einer Rezession kommt. Die gesamtwirtschaftliche Expansion dürfte sich aber im weiteren Verlauf dieses Jahres verlangsamen und sich 1990 mit dem verringerten Tempo fortsetzen. Abschwächen wird sich die Zunahme aller Sozialproduktkomponenten, also nicht nur die des Verbrauchs, sondern auch die der Investition, die des Exports und die des Imports. Bei dieser Entwicklung dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit weiterhin nur

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätig- keit und Vermögen						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			
	in Landeswährung												
	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988
Bundesrepublik Deutschland	8,5	9,0	7,5	3,8	4,5	5,0	4,9	5,0	4,5	0,4	1,0	1,5	-1,2
Frankreich	12,8	10,5	9,0	4,0	4,0	4,0	9,0	7,5	6,0	0,6	1,0	1,5	-2,4
Italien	7,3	14,5	10,5	10,5	7,5	8,0	3,3	10,5	7,5	6,3	4,0	5,0	1,8
Großbritannien	3,0	10,0	2,0	11,1	11,0	9,5	0,3	7,5	0,5	8,3	8,5	8,0	13,2
Spanien	13,4	15,5	14,0	8,0	7,0	7,0	8,0	10,5	9,5	2,9	2,5	3,0	4,9
Niederlande	6,0	9,5	8,0	2,0	2,0	2,5	3,1	6,0	5,0	-0,8	-1,5	-0,5	-2,2
Belgien	7,5	7,0	5,5	4,0	4,0	4,0	3,9	4,0	3,0	0,5	1,0	1,5	-1,8
Dänemark	6,6	7,0	8,0	3,7	4,0	4,0	6,9	6,5	7,0	3,9	3,5	3,0	1,6
Griechenland	16,0	14,5	15,0	13,5	13,0	12,5	14,3	12,5	13,0	11,8	11,5	11,0	2,7
Portugal	12,7	11,0	10,0	10,0	8,5	8,5	8,4	8,0	7,0	5,8	5,5	6,0	-0,4
Irland	3,8	2,5	3,5	4,0	4,0	3,5	3,3	2,0	3,0	3,5	3,5	3,0	2,1
EG ³⁾	8,7	11,4	8,6	6,4	6,0	6,0	4,7	6,7	4,8	2,5	2,4	2,8	1,2
EG ohne BRD ³⁾	8,7	12,1	8,9	7,4	6,6	6,4	4,6	7,4	4,9	3,4	3,1	3,4	2,3
Schweiz	10,5	8,5	7,0	4,0	4,0	4,0	7,3	6,0	5,0	1,0	1,5	2,0	-1,0
Schweden	6,5	7,5	7,5	8,0	7,0	7,0	4,3	6,0	6,0	5,8	5,5	6,0	5,3
Österreich	13,1	6,5	6,0	3,3	4,5	4,0	8,5	3,5	3,5	-0,9	1,5	1,5	-2,4
Finnland	15,4	10,5	11,5	10,0	8,0	7,0	10,1	7,0	8,0	5,0	4,5	4,0	6,1
Norwegen	10,1	9,0	4,0	5,7	5,0	4,0	8,5	7,0	2,5	4,2	3,0	2,5	3,6
Europäische Industrieländer ³⁾	8,9	11,0	8,4	6,3	6,0	5,9	5,0	6,6	4,8	2,6	2,5	2,9	1,3
Europäische Industrieländer ohne BRD ³⁾	9,0	11,6	8,7	7,1	6,4	6,2	5,1	7,1	4,9	3,3	3,1	3,4	2,2
USA	6,9	5,0	4,0	8,2	8,0	7,5	2,9	2,5	2,5	4,2	5,5	6,0	0,2
Kanada	10,6	8,0	6,0	8,1	7,5	7,5	5,8	5,0	4,0	3,4	4,5	5,5	7,2
Japan	14,0	7,0	8,5	5,0	5,5	5,5	7,9	2,0	4,0	-0,6	0,5	1,0	7,9
Außereurop. Industrieländer ³⁾	9,5	5,9	5,7	7,2	7,2	6,9	5,4	2,7	3,4	2,2	3,3	3,9	4,5
Insgesamt ³⁾	9,3	8,1	6,9	6,9	6,7	6,5	5,2	5,2	4,3	2,4	2,8	3,3	2,4
Insgesamt ohne BRD ³⁾	9,3	8,0	6,8	7,2	7,0	6,7	5,2	5,3	4,3	2,8	3,2	3,6	3,1

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoeinkommens. —
2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — 3) Gewichtet mit 1987 Anteilen.
— Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.
Quellen: OECD, Economic Outlook. SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des
DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

allmählich vermindern. Der Preisauftrieb wird etwas schwächer sein. Angenommen wird, daß der Dollarkurs wieder etwas sinkt.

Vor eine ähnlich schwierige Situation wie in den USA, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen, sieht sich die Wirtschaftspolitik in Japan gestellt. Geld- und Finanzpolitik waren mit Erfolg darauf gerichtet, die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte zu fördern und so über die Steigerung der Importe zu einem Abbau des Leistungsbi-

lanzüberschusses beizutragen. Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Marktes für ausländische Produkte, die wohl noch fortgesetzt werden, haben diesen Prozeß unterstützt. Die gegenwärtige Schwäche des Yen, bei der die Wettbewerbsposition japanischer Unternehmen gestärkt wird, macht indes die Hoffnung auf einen anhaltenden Saldenabbau — und damit auf eine Verringerung protektionistischer Maßnahmen der Handelspartner — zunichte und wird daher von der Wirtschaftspolitik als unerwünscht angesehen. Die moderate, auch binnenwirt-

schaftlich motivierte Erhöhung des Diskontsatzes sowie umfangreiche Devisenmarktinterventionen der japanischen Zentralbank zeigten allerdings kaum Wirkungen auf den Wechselkurs — auch ein Zeichen des gesunkenen Vertrauens der Kapitalanleger in die Handlungsfähigkeit der von politischen Skandalen betroffenen Regierungspartei.

Wollte die Notenbank der Yen-Schwäche mit einer restriktiveren Geldpolitik begegnen, so gefährdete sie die Fortsetzung der günstigen binnenwirtschaftlichen Entwicklung und behinderte von dieser Seite die außenwirtschaftliche Anpassung. Die Finanzpolitik hätte zwar durchaus die Möglichkeit, einer solchen Abschwächung entgegenzuwirken; eine kurzfristige Änderung des finanzpolitischen Kurses — er ist im laufenden Haushaltsjahr weitgehend konjunkturneutral — erscheint bei den gegebenen innenpolitischen Problemen aber als unwahrscheinlich.

So dürfte wohl ein weiterhin sehr hoher Leistungsbilanzüberschuß in Kauf genommen werden; erneute handelspolitische Auseinandersetzungen insbesondere mit den USA, dem wichtigsten Handelspartner Japans, sind damit zu erwarten. Um drohende protektionistische Maßnahmen zu vermeiden, dürfte aber die japanische Wirtschaft die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit nicht voll zur Exportsteigerung nutzen. Es ist daher anzunehmen, daß die japanischen Ausfuhren im weiteren Verlauf des Jahres und im nächsten Jahr kaum stärker als der Welthandel zunehmen werden. Da die Konsumneigung bei stärkerem Einkommensanstieg, wenn auch leicht steigenden Verbraucherpreisen, nach wie vor robust ist und da die Investitionen noch kräftig, im Vergleich zum Vorjahr jedoch deutlich schwächer zunehmen, wird die Gesamtwirtschaft nur wenig langsamer expandieren als im letzten Jahr; die Arbeitslosigkeit — ohnehin auf einem außerordentlich niedrigen Stand — wird nochmals zurückgehen.

In *Westeuropa* hat sich die gute wirtschaftliche Entwicklung fortgesetzt. Die Konjunktur hat sich bisher nicht, wie im Vorjahr von vielen Seiten prognostiziert, abgeschwächt. Nicht nur ist die Verbrauchs- und Investitionsneigung in den meisten Ländern nach wie vor hoch; auch der Außenhandel expandiert weiterhin lebhaft. Die Kapazitäten sind in einer Reihe von Ländern sehr stark ausgelastet.

In den meisten Ländern sind die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ein weiteres investitionsgetragenes Wirtschaftswachstum nicht schlecht, obwohl sich der Preisanstieg fast überall etwas verstärkte. Risiken sind vor allem darin zu sehen, daß den immer höheren Überschüssen der Bundesrepublik Deutschland steigende Defizite sowohl in den anderen großen Ländern Westeuropas als auch in einer Reihe kleinerer Länder gegenüberstehen. Die Wirtschaftspolitik in den Defizitländern ist naturgemäß größeren Zwängen ausgesetzt als die Wirtschaftspolitik der Überschußländer. Insbesondere Großbritannien ist davon betroffen. Hier wurde vor allem

die Geldpolitik zur Bekämpfung des Defizits eingesetzt, in anderen Defizitländern, so in Spanien und in den skandinavischen Ländern, vornehmlich die Finanzpolitik. Setzt sich die unausgewogene außenwirtschaftliche Entwicklung fort, so vergrößert sich das Risiko, daß insbesondere die Geldpolitik in den Defizitländern insgesamt — nunmehr also auch in den Ländern, in denen die Defizite bisher nur eine relativ geringe Bedeutung hatten — restriktiver ausgerichtet wird.

In *Großbritannien* hat sich die Leistungsbilanz im vergangenen Jahr bei beträchtlicher Importzunahme stark passiviert. Die Außenwirtschaftslage verschlechterte sich zwar auch deswegen, weil die Konkurrenzfähigkeit bei beschleunigt steigenden Preisen und Lohnstückkosten sank. Das Leistungsbilanzdefizit nahm aber vor allem deshalb zu, weil im vergangenen Jahr die Geldpolitik durch starke Geldmengenausweitung und die Finanzpolitik durch eine Einkommensteuersenkung mit darauf hinwirkten, daß die Zunahme der Inlandsnachfrage über die Angebotsausweitung hinaus schoß, die vom Produktionspotential her möglich war. Eine Dämpfung dieser Expansion war daher unumgänglich.

Mit ähnlichen Folgen wie in den USA dämpft in Großbritannien vor allem die Geldpolitik die Wirtschaftsentwicklung. Zwar ist der reale effektive Pfundkurs etwas gesunken. Dadurch hat sich aber die britische Konkurrenzfähigkeit nicht so erhöht, daß mit einem raschen Exportanstieg gerechnet werden könnte, wenn sich die Zunahme der Inlandsnachfrage ausreichend verlangsamt hat. Eine Wechselkursbedingte Verbesserung der Wettbewerbsposition könnte — ähnlich wie in den USA — nur erreicht werden, wenn die Finanzpolitik stärker die Rolle der Nachfragedämpfung übernehme und die Geldpolitik freiere Hand bei der Beeinflussung des Wechselkurses erhielte.

Gegenwärtig hat allerdings der Preisauftrieb in Großbritannien ein höheres Tempo als in den USA. Auch ist in Großbritannien bei stärkerer Importabhängigkeit der Wirtschaft die Entwicklung der Importpreise von größerer Bedeutung. Regierung und Notenbank streben daher nicht einen niedrigeren die britische Wettbewerbsposition begünstigenden Pfundkurs an, sondern sie verteidigen aus stabilitätspolitischen Gründen einen relativ hohen Kurs.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen sehen somit keinen anderen Ausweg, als zur Inflationsbekämpfung eine weitere Konjunkturabschwächung in Kauf zu nehmen und eine Verminderung des Leistungsbilanzdefizits auch durch die entsprechenden importdämpfenden Wirkungen zu erreichen. Die Zunahme der inländischen Komponenten des realen Sozialprodukts wird sich somit im Verlauf dieses Jahres und auch noch im nächsten Jahr verlangsamen. Nur der Export wird wieder rascher steigen. Das Leistungsbilanzdefizit wird jedoch 1989 noch etwas zunehmen und erst 1990 leicht sinken. Der Preisauftrieb wird sich nur allmählich verlangsamen.

In *Frankreich* setzte sich der Konjunkturanstieg in den ersten Monaten dieses Jahres fort. Hierzu trug vor allem die Entwicklung der gewerblichen Investitionen bei, die als Folge der wieder hohen Kapazitätsauslastung und bei günstigen Absatz- und Ertragserwartungen lebhaft expandierten. Die privaten Einkommen und damit die Nachfrage der privaten Haushalte wurden durch die merkliche Ausweitung der Beschäftigung gestützt.

Seit einiger Zeit haben sich auch die Ausfuhren spürbar erhöht, ein Indikator dafür, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestiegen ist. Jedoch läßt die jüngste Entwicklung erwarten, daß es bei der immer noch kräftigen Ausweitung der Importe in diesem Jahr statt zu der erhofften Verringerung zu einer Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits kommen wird. Dieses Defizit in Höhe von etwa einem halben Prozent des BSP ist bisher aber kein schwerwiegendes wirtschaftspolitisches Problem, zumal verstärkt Investitionsgüter importiert wurden, die zu einer langfristigen Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen können. Auch blieb der inländische Preisauftrieb mäßig, nicht zuletzt, weil der Lohnanstieg sich trotz der guten Konjunktur kaum verstärkte und die Entwicklung der Lohnstückkosten weiter deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegt.

Von der Wirtschaftspolitik sind allerdings eher leicht dämpfende Effekte auf das Wirtschaftswachstum zu erwarten. Da die Regierung ein Realignment im Rahmen des EWS vermeiden möchte, orientiert sich die Geldpolitik vor allem an der Stabilisierung des Franc. Bei der andauernden Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits werden die geldpolitischen Zügel wohl wieder angezogen. Gleichzeitig ist die Finanzpolitik bestrebt, über Zurückhaltung bei den Ausgaben das Defizit der öffentlichen Haushalte gering zu halten. Bei dieser Ausrichtung der Wirtschaftspolitik wird sich das Wirtschaftswachstum trotz der endogenen Auftriebskräfte 1990 leicht abschwächen. Obwohl die Beschäftigung zunächst wohl noch zunimmt, wird sich die Zahl der Arbeitslosen nur wenig verringern.

Die Konjunktur war in *Italien* robuster als erwartet. Trotz des im europäischen Vergleich hohen Nominal- und Realzinsniveaus und des bereits lange anhaltenden Aufschwungs liegt die Expansion bei allen wichtigen Komponenten des Bruttosozialprodukts weiter über dem europäischen Durchschnitt. Die jüngsten Zahlen zur Entwicklung der Industrieproduktion scheinen zwar auf ein allmähliches Auslaufen der Aufschwungphase hinzuweisen. Vermutlich ist dies auf Kapazitätsprobleme zurückzuführen. Diese dürften allerdings teilweise dadurch überwunden werden, daß die Investitionen hierauf reagieren und in diesem Jahr stärker zunehmen als im Vorjahr.

Für die Wirtschaftspolitik gibt es in der jetzigen konjunkturellen Konstellation vor allem zwei Probleme: den Preisauftrieb unter Kontrolle zu halten und eine weitere Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation zu

verhindern. Der stärkere Preisanstieg im Winterhalbjahr 1988/89 ist überwiegend auf administrative Preiserhöhungen sowie auf den Anstieg der Preise für Mineralölprodukte und Rohstoffe zurückzuführen. Die Regierung hofft daher, den Preisanstieg in der zweiten Jahreshälfte wieder dämpfen zu können, was bei der hohen Kapazitätsauslastung allerdings kaum gelingen dürfte. Immerhin sollen die Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor die Inflationsrate um höchstens einen Prozentpunkt überschreiten. Hierdurch soll ebenso wie durch andere Sparmaßnahmen — vor allem im Gesundheitswesen — auch ein Beitrag zur allmählichen Verringerung des immer noch hohen Staatsdefizits geleistet werden.

Im Jahr 1990 wird die Wirtschaftspolitik wohl mit dem Problem konfrontiert sein, wenigstens eine stärkere Beschleunigung des Preisauftriebs als bei den wichtigsten Handelspartnern zu vermeiden. Dies ist von um so größerer Bedeutung, als sich das Leistungsbilanzdefizit seit dem letzten Jahr ständig vergrößert hat. Da die Inlandsnachfrage weiter stärker steigt als das Sozialprodukt, werden die außenwirtschaftlichen Probleme noch zunehmen. Handlungsfähig wäre in der gegenwärtigen politischen Situation wohl nur die Geldpolitik. Eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums wird jedenfalls nicht zu vermeiden sein, auch wenn dies aus beschäftigungspolitischer Sicht unerwünscht ist. Die Arbeitslosenquote ist immer noch höher als in den anderen großen westeuropäischen Ländern.

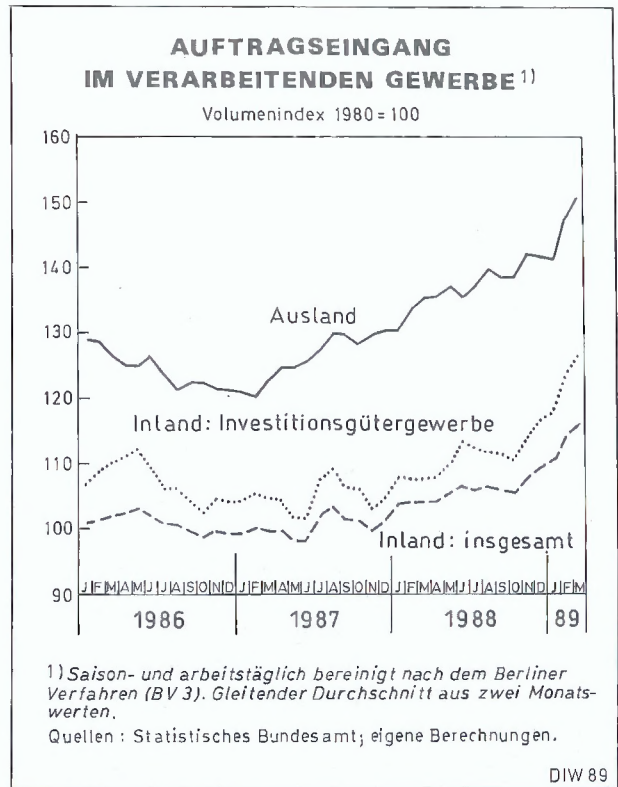
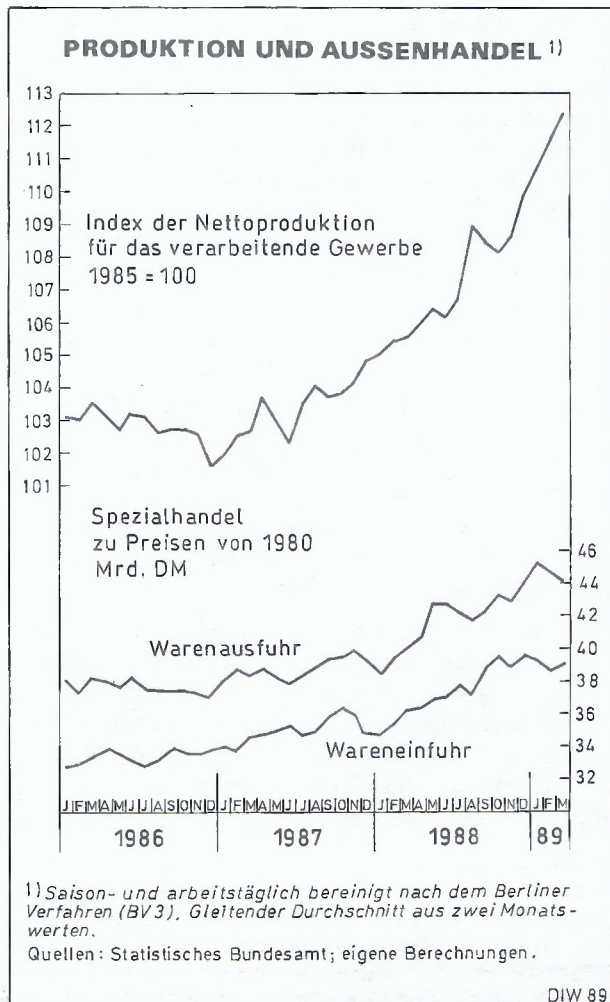
Auch die konjunkturelle Entwicklung in den *kleineren westeuropäischen Ländern* ist insgesamt besser als erwartet. Der anhaltende Aufschwung in den großen Ländern — mit Ausnahme Großbritanniens — strahlte auf die kleineren Volkswirtschaften aus. Allerdings verlief die Konjunktur in diesen Ländern sehr unterschiedlich. Zunehmende außenwirtschaftliche Defizite u.a. in den skandinavischen Ländern und auf der iberischen Halbinsel haben zu wirtschaftspolitischen Restriktionen geführt, die eine konjunkturelle Abschwächung nach sich zogen. In anderen Ländern, so etwa in den Benelux-Staaten, hat sich das konjunkturelle Tempo dagegen noch nicht verlangsamt. Die Beschäftigung weitete sich in einer Reihe von Ländern spürbar aus; indes nahm die Zahl der Arbeitslosen trotz zumeist noch guter Konjunkturentwicklung nur wenig ab.

Mit der leichten Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion in den westlichen Industrieländern wird der *Welt-handel* nicht mehr so rasch wie im Vorjahr expandieren. In Westeuropa ergeben sich allerdings aus der Investitionsdynamik nicht zuletzt im Hinblick auf die fortschreitende Realisierung des Binnenmarktes weiterhin Impulse für den Handel. Auch die Importe Japans weiten sich wiederum rasch aus, wenn auch spürbar schwächer als im Vorjahr. Nach reichlich 9 vH im Vorjahr und etwa 6,5 bis 7 vH in diesem Jahr dürfte das Welthandelsvolumen 1990 um etwa 5 vH zunehmen; im Verlauf bedeutet dies für das nächste Jahr allerdings nur eine geringe Abschwächung.

Bundesrepublik Deutschland: Kräftiges Wirtschaftswachstum auch im nächsten Jahr

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich im zweiten Jahr eines beschleunigten Aufschwungprozesses. Mit einer Expansionsrate von über 3 vH seit Beginn des vergangenen Jahres entspricht dieser Aufschwung zwar dem in früheren Zyklen für normal gehaltenen Muster; angesichts der lange Zeit nur moderaten Aufwärtsentwicklung und der von vielen Beobachtern erwarteten säkularen Abschwächung des Wachstums war eine solche Dynamik aber nicht vorausgesehen worden. Um Anhaltspunkte für eine Erklärung zu gewinnen, muß man allerdings den Blick auf die Entwicklung der Weltwirtschaft richten: Die Bundesrepublik partizipiert an einem weltweiten Aufschwung, der unmittelbar dem Umschwenken der Wirtschaftspolitik auf einen wieder expansiven Kurs folgte, das seinerseits Reaktion auf die Börsen- und Devisenmarktereignisse vom Herbst 1987 war.

Für die Bundesrepublik zeigt sich nun, daß die Exportschwäche im Jahr 1986, deren Ursache in der Umkehr



des D-Mark/Dollar-Kurses von Anfang 1985 gelegen hat, schon zu Beginn des Jahres 1987 überwunden war. Von den Turbulenzen am Devisenmarkt Ende des gleichen Jahres wurde die Exportentwicklung dann nur noch wenig berührt. So ist es vor allem und erneut die Exportdynamik, die zu dem kräftigen Anstieg der Produktion geführt hat, die die Investitionstätigkeit der Unternehmen stimulierte und den Übergang zu einem sich selbst tragenden Aufschwung begründete. Die inländische Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ist ebenso wie die Nachfrage der Unternehmen nach Bauleistungen von schon hohem Niveau aus seit Herbst 1988 steil aufwärts gerichtet. Mit 3 vH dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion (Bruttoinlandsprodukt) trotz einer eher restriktiven Wirtschaftspolitik fast ebenso stark wie im Vorjahr zunehmen.

Die enormen Impulse, die von der Auslandsnachfrage ausgehen, übertragen sich auf alle Bereiche der Volkswirtschaft. Insbesondere die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird von den positiven Absatzaussichten, der hohen Kapazitätsauslastung sowie der günstigen Gewinnsituation angeregt. Mit mindestens 7 vH werden die realen Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr etwa die gleiche Zuwachsrates wie im Vorjahr erreichen. Es zeigt sich jetzt sehr deutlich, daß gute Angebotsbedingungen,

d.h. verbesserte und — vom Niveau her — hohe Gewinne, die es auch schon in den Vorjahren gegeben hat, eine zwar notwendige, keineswegs aber ausreichende Bedingung für eine lebhaftere Investitionsnachfrage sind.

Auch die Baunachfrage der Unternehmen ist auf eine weitere Expansion gerichtet. Der Wirtschaftsbau wird in diesem Jahr real um 5 1/2 vH höher als im Vorjahr sein, was — wie bei den Ausrüstungsinvestitionen — an die Entwicklung von 1988 anschließt. Dank günstiger Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven wird trotz gestiegener Zinsen auch der Wohnungsbau noch einmal sehr kräftig zunehmen, so daß bei weiterhin moderater öffentlicher Bautätigkeit (+3 vH) die gesamte Bauproduktion um knapp 5 vH steigen wird. Die warme Witterung zu Beginn dieses Jahres hat dazu beigetragen, daß über damit — vorübergehend erhöhte — verfügbare Kapazitäten dieser Produktionsschub realisiert werden kann.

Die finanzielle Lage des Staates wird sich 1989 spürbar verbessern. Erstmals seit 15 Jahren wird der staatliche Gesamthaushalt (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) nahezu ausgeglichen abschließen, denn das Defizit ist nach der hier vorgelegten Schätzung mit 2,5 Mrd. DM verschwindend gering¹.

Bei den Gebietskörperschaften wird am Jahresende ein Minus von nur noch 18 Mrd. DM zu Buche stehen, nach 45 Mrd. DM im Vorjahr: Das Defizit des Bundes wird mit 18 Mrd. DM und das der Länder mit 7 Mrd. DM veranschlagt (1988: 35 bzw. 15 Mrd. DM), während die Gemeinden abermals Überschüsse, in Höhe von 6 Mrd. DM (1988: 4 Mrd. DM), erzielen. Diese Entwicklung ist nicht nur auf konjunkturbedingte Mehreinnahmen zurückzuführen; beim Bundeshaushalt spielen die Verbrauchsteuererhöhungen und die Gewinnabführung der Bundesbank eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt eine Entlastung auf der Ausgabenseite durch die niedrigen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst; die eingesparten Mittel werden nur zum Teil zu Neueinstellungen genutzt. Merklich erhöht werden 1989 indes die Transferausgaben. Während die Ausgaben der Gebietskörperschaften insgesamt mit einer Rate von 4 vH zunehmen dürften, kann bei den Einnahmen mit einem Plus von 9 vH gerechnet werden.

Im Unterschied zu den Gebietskörperschaften haben die Sozialversicherungen in den 80er Jahren fast immer Überschüsse erzielt, seit 1985 knapp 6 Mrd. DM pro Jahr. 1989 dürfte dieser Überschuß auf 15 Mrd. DM klettern. Auch die Sozialversicherung profitiert von der günstigen Konjunkturentwicklung, die Sozialbeiträge nehmen um reichlich 4 vH zu, während die Transfers an die privaten Haushalte nur um etwas mehr als 3 vH steigen. Hinter diesem Anstieg verbergen sich allerdings gegensätzliche Entwicklungen. Die Ausgaben der Rentenversicherungsträger erhöhen sich um gut 5 vH, während die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (besonders für das Arbeitslosengeld) dagegen aufgrund sinkender Arbeitslosenzahlen sowie von Einsparungen bei arbeitsmarktpoliti-

schen Maßnahmen zurückgehen. Bei den Sachkäufen der Sozialversicherung (Krankenkassen) ist — bedingt durch die Gesundheitsreform — mit einem Rückgang um über 2 vH zu rechnen; dabei ist zu berücksichtigen, daß das Vorjahresniveau durch Vorzieheffekte überhöht ist. Insgesamt nehmen die Ausgaben der Sozialversicherung um 1,5 vH zu.

Trotz der erheblich steigenden Zahl der Beschäftigten und einer im Vergleich zum Vorjahr sogar beschleunigten Zunahme der Bruttoabzüge der Arbeitnehmer trägt der private Verbrauch gegenwärtig nur wenig zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Die Bruttoeinkommen sind wieder der Progression des Einkommensteuertarifs ausgesetzt, und die Preiserhöhung beim privaten Verbrauch von mehr als 3 vH beansprucht einen Großteil des verfügbaren Einkommenszuwachses (4 1/2 vH). Daher wird trotz einer zu erwartenden leichten Abschwächung der Spartätigkeit der private Verbrauch real nur um knapp 2 vH steigen, nach 2 1/2 vH im Vorjahr.

Vor allem deshalb vermindert sich die Zuwachsrate der inländischen Güternachfrage von 3 1/2 vH im Jahr 1988 auf nur noch knapp 2 1/2 vH in diesem Jahr.

Lokomotive des Wachstums ist in diesem Jahr die Auslandsnachfrage. Das Wachstum des realen Welthandels erreicht 6 1/2 vH; bei Industriegütern dürfte die Dynamik noch größer sein. Die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik wird sich bei leichtem Druck auf den (nominalen) Wechselkurs und vergleichsweise geringem Anstieg der Lohnstückkosten um 1 1/2 vH — dies ist nur halb so viel wie im Durchschnitt der übrigen Industrieländer — weiter verbessern. Die weltweite Investitionskonjunktur begünstigt zudem die deutschen Exporteure, weil sie hier — quantitativ und qualitativ — besonders stark sind. Dabei wird die Ausfuhr von Waren dem Volumen nach um über 8 vH zunehmen, was erneut Marktanteilsgewinne der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten impliziert.

Stärker noch als die Ausfuhr von Waren hat die Ausfuhr von Dienstleistungen zugenommen. Sie dürfte im Durchschnitt 1989 sogar um 11 vH höher ausfallen als im Vorjahr. Darin kommt vor allem zum Ausdruck, daß die Erträge deutscher Kapitalanlagen im Ausland, die als Ausfuhr von Dienstleistungen gezählt werden, enorm anschwellen werden (+15 vH).

Dieser Anstieg der Netto-Kapitalerträge aus dem Ausland bewirkt das ungewöhnlich weite Auseinanderklaffen der Zuwachsraten von Bruttosozialprodukt (3,5 vH) und Bruttoinlandsprodukt (3 vH), denn der größte Teil des Saldo der Erwerbseinkommen, die von Inländern im Ausland und von Ausländern im Inland erzielt werden, wird von diesen Netto-Kapitalerträgen bestimmt. Auf den

¹ Zu beachten ist, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) — methodisch bedingt — niedrigere Defizite ausweist als die Finanzstatistik, in der z.B. Darlehen und Beteiligungen als Ausgaben eingeordnet sind, die in der VGR als Teil der staatlichen Geldvermögensbildung verbucht werden.

ersten Blick könnte man versucht sein, deren starke Zunahme im ersten Quartal 1989 mit den beträchtlichen Erträgen aus jenen Auslandsanlagen zu erklären, die in der Erwartung der Quellensteuer gebildet worden waren. Eine solche Erklärung reicht jedoch nicht aus: Da der Netto-Kapitalexport (einschließlich des Saldos der Devisenbilanz) nicht größer sein kann als der Leistungsbilanzüberschuß, muß einer quellensteuerbedingten Vergrößerung des Kapitalexports (Folge: Zunahme der Zinseinnahmen) eine Abnahme der Devisenreserven (Abnahme der Zinseinnahmen der Bundesbank) und/oder eine Zunahme der Kapitalimporte (Zunahme der Zinsausgaben) gegenüberstehen.

*

Die Netto-Kapitalerträge aus dem Ausland (Einnahmen minus Ausgaben) sind das Produkt aus dem gesamtwirtschaftlichen Auslandsvermögen und deren durchschnittlicher Verzinsung. Das Auslandsvermögen ist — sieht man von Bewertungsveränderungen ab — das Ergebnis aller bisherigen Leistungsbilanzüberschüsse und der damit identischen Netto-Kapitalexporte (einschließlich der Devisenbilanzsalden der Bundesbank); es besteht aus dem Überschuß aller Forderungen (einschließlich der Devisenreserven) über die gesamten Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Mithin beruht eine Zunahme der Netto-Kapitalerträge aus dem Ausland auf einer Zunahme des Auslandsvermögens (also einem Leistungsbilanzüberschuß) und/oder auf einer Erhöhung der durchschnittlichen Verzinsung. Diese wiederum kann durch dreierlei bewirkt werden. Erstens dadurch, daß das Niveau der Zinssätze für Auslandsanlagen stärker steigt als das Niveau der Zinssätze für Auslandsverbindlichkeiten (Niveaueffekt), zweitens dadurch, daß wegen einer Höherbewertung fremder Währungen die Zinserträge in dieser Währung einen höheren DM-Betrag erbringen (Wechselkurseffekt) und drittens durch eine Umschichtung des Auslandsvermögens von Anlagen mit niedriger Verzinsung zu Anlagen mit höherer Verzinsung (Struktureffekt).

Die ungewöhnlich starke Zunahme der Netto-Kapitalerträge im ersten Quartal 1989 beruhte in erster Linie darauf, daß das Zinsniveau im Ausland stärker gestiegen war als im Inland und daß die Erträge aus Netto-Dollaranlagen wegen des Dollarkursanstiegs erhöhte DM-Einnahmen erbrachten. Weniger als dieser Niveaueffekt und der Wechselkurseffekt fiel die Zunahme des Auslandsvermögens, also der Quelle von Kapitalerträgen, ins Gewicht. 1988 war der Leistungsbilanzüberschuß (85 Mrd. DM) noch höher als 1987 (81 Mrd. DM); dieser Zuwachs erklärt aber die verstärkte Zunahme der Netto-Kapitalerträge im ersten Quartal 1989 nur zum kleinen Teil.

Bleibt schließlich noch der Struktureffekt. Dieser Effekt ist es, auf den sich der Beitrag der quellensteuerbedingten „Kapitalflucht“ beschränkt: Inländer erwarben

ausländische Anleihen und Investmentzertifikate, und die Verkäufer dieser Titel erhielten dafür relativ niedrig verzinsliche Einlagen bei deutschen Kreditinstituten. Oder: Die Kapitalexporte wurden — dies war 1988 der Fall — zu einem erheblichen Teil zu Lasten der Devisenreserven der Bundesbank finanziert, und der Zinsertrag aus diesen Kapitalexporten war größer als der entgangene Zinsertrag aus den Devisenreserven. Das bedeutet, daß die quellensteuerbedingten Kapitalexporte nur in Höhe dieser Zinsdifferenzen einen Mehrertrag erbringen konnten. Dies vermag somit den starken Zuwachs der gesamten Netto-Kapitalerträge im ersten Quartal 1989 bei weitem nicht zu erklären.

So ist die manchmal aufgestellte Behauptung nicht zutreffend, die quellensteuerbedingten Kapitalexporte hätten auch zur Vergrößerung des Leistungsbilanzüberschusses (der Erhöhung des verzinslichen Auslandsvermögens) im Jahre 1988 beigetragen. Es ist zwar richtig, daß kein Leistungsbilanzüberschuß ohne die Finanzierung durch Netto-Kapitalexporte und/oder den Erwerb von Devisen durch die Bundesbank zustande kommen kann. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, die Kapitalexporte seien auch die Ursache des gleichzeitigen Leistungsbilanzüberschusses gewesen, etwa über die Kausalkette: Kapitalentzug im Inland, Zinssteigerung, daraufhin weniger Investitionen und dafür mehr Exporte und weniger Importe (entsprechendes würde mit umgekehrtem Vorzeichen für das Ausland gelten). Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen Kapitalexporten und Leistungsbilanzen wechselseitig und sehr komplexer Natur; sie lassen sich nicht auf die einfache Formel „Kapitalexport dominiert Leistungsbilanz“ reduzieren.

*

Das starke Wachstum der deutschen Wirtschaft wirkt sich sehr unterschiedlich auf den Grad der Zielerreichung der Wirtschaftspolitik aus. Am Arbeitsmarkt hat sich die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften erheblich belebt. Vor allem die Industrie beschäftigt wieder mehr Arbeitskräfte, nachdem sie noch im Vorjahr abgebaut worden waren. Die Zahl der Beschäftigten wird insgesamt um fast 300 000 steigen. Da die Zahl der arbeitssuchenden Personen aber ebenfalls kräftig wächst — nicht zuletzt spielt hier die große Zahl der Aussiedler eine Rolle —, wird die Arbeitslosigkeit nicht im vollen Ausmaß der Beschäftigungszunahme zurückgehen. Sie wird aber immerhin um etwa 170 000 niedriger als im Vorjahr sein. Das ist der erste nennenswerte Erfolg im Kampf gegen die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in diesem Jahrzehnt.

Für viele Beobachter ist ebenso wie die jüngste positive Entwicklung am Arbeitsmarkt die ungünstigere Preisentwicklung Spiegelbild der konjunkturellen Dynamik. Das DIW hat seit Beginn der Umkehr in den Preistrends davor gewarnt, den Normalisierungsprozeß, der sich nach dem Auslaufen des Importpreistrückganges ergeben mußte, als Beginn einer inflationären Beschleunigung der Preisstei-

gerungen anzusehen, solange die Kostenentwicklung im Inland auf einem moderaten Anstiegspfad bleibt. Diese Einschätzung hat sich bestätigt. Die Erhöhung der indirekten Steuern hat zwar einen einmaligen Niveausprung gebracht, der das Gesamtbild derzeit überlagert. Die Perspektiven für 1990 deuten aber unter der Voraussetzung einer stetigen Lohnentwicklung nicht auf eine Beschleunigung der Preissteigerungen hin. Ausgeschlossen ist dabei freilich nicht, daß die starke Nachfrage bei hoher und womöglich noch steigender Auslastung der Kapazitäten konjunkturelle Preiserhöhungsspielräume schafft, die von den Unternehmen genutzt werden. Solche konjunkturbedingten Preiserhöhungen im Gefolge von Verschiebungen der relativen Preise haben die Funktion, Angebotsverknappungen zu signalisieren und Anlage suchendes Kapital in diese Bereiche zu lenken. Wird versucht, diese Preissteigerungen von vornherein zu unterdrücken, geht dies zu Lasten der Investitionen, mit denen die Angebotsengpässe schließlich überwunden würden. Dieses konjunkturelle „Atmen“ des Preisniveaus ist es, das ebenso wie die vermehrte Arbeitskräftenachfrage als Spiegelbild der Wachstumsdynamik angesehen werden muß.

Ein Indiz dafür, daß sich keine nennenswerten Inflationserwartungen gebildet haben, ist die Zinsentwicklung; seit Februar liegt der Kapitalmarktzins bei 7 %. Im Unterschied zum Jahresbeginn sind die langfristigen Zinsen praktisch nicht mehr niedriger als die kürzerfristigen.

Anders zu beurteilen ist die Verfehlung des Ziels „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“. Der erneute Anstieg der realen und nominalen Außenhandelsalden bildete von Anfang an die wichtigste Triebkraft des wiedergewonnenen konjunkturellen Schwungs. Entscheidend waren die Impulse von der Exportseite. Die Einfuhr stieg in den vergangenen Jahren jeweils knapp doppelt so stark wie die inländische Produktion. Damit bestand diejenige Einkommenselastizität der Importe weiter, die für die Bundesrepublik auch in früheren Aufschwungphasen typisch war.

Dagegen hat sich das Exportwachstum, sowohl was die Waren- als auch was die Dienstleistungsexporte betrifft, erheblich beschleunigt. Infolgedessen steigt der reale Außenbeitrag, der von 1986 auf 1987 rückläufig war und 1988 gegen 1987 zumindest stabilisiert werden konnte, in diesem Jahr wieder deutlich. Er dürfte die Größe von 70 Mrd. DM erreichen, nach 50 Mrd. DM im vergangenen Jahr. Der Leistungsbilanzüberschuß wird sich gar von etwa 85 Mrd. DM auf 110 Mrd. DM erhöhen. Da die Tendenz zu wieder deutlich steigenden Überschüssen auch im kommenden Jahr anhalten wird, wenn es keine einschneidenden Änderungen der Wechselkurse und der Wirtschaftspolitik gibt, stellt sich die Frage, ob die Ungleichgewichte sich durchhalten lassen, in viel größerer Schärfe als noch in den vergangenen Jahren. Ganz gleich, wie die Antwort auf diese Frage ausfällt, es geht kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß diese Entwicklung Schatten auf die sonst günstige Prognose wirft.

Ausblick auf das Jahr 1990

Für 1990 kann mit einem Fortdauern der gesamtwirtschaftlichen Expansion gerechnet werden. Die endogenen Kräfte, insbesondere die Investitionsnachfrage, haben schon 1988 erheblich an Schub und damit auch an Tragkraft gewonnen. Die Steuerreform 1990 wird einen zusätzlichen Impuls geben.

Bei dem hohen Maß, in dem die Wirtschaft der Bundesrepublik von außenwirtschaftlichen Faktoren abhängt, ist damit jedoch noch keine Aussage über das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums im kommenden Jahr festgelegt. Allerdings sind die Auslandseinflüsse, wie im vorstehenden Bericht über die voraussichtliche konjunkturelle Entwicklung in den westlichen Industrieländern im einzelnen dargelegt, weiterhin relativ günstig:

— Die Expansion des realen Welthandels wird andauern, auch wenn sie sich etwas abschwächt.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	1988	1989	1990	1988	1989	1990
	Absolute Werte			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 699,8	1 757,5	1 811,5	3,4	3,5	3,0
Inlandsnachfrage, real (Mrd. DM)	1 650,0	1 687,5	1 735,0	3,5	2,5	3,0
Gesamtnachfrage, real ¹⁾ (Mrd. DM)	2 230,4	2 319,0	2 403,5	4,0	4,0	3,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (1 000 Personen)	22 836	23 140	23 415	0,8	1,3	1,2
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 242	2 075	2 100	.	.	.
Arbeitslosenquote ²⁾ (vH)	8,9	8,8	8,1	.	.	.
Verbraucherpreise ³⁾	.	.	.	1,3	3,5	2,5
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾ (Mrd. DM)	85,2	110,0	120,0	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	-42,2	-2,5	-14,5	.	.	.

¹⁾ Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — ²⁾ Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — ³⁾ Preisindex des privaten Verbrauchs. — ⁴⁾ Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und eigene Berechnungen; 1989 und 1990 Prognose des DIW. Prognostizierte Werte gerundet.

- Der Kurs des Dollars wird wieder sinken, nach der hier gesetzten Annahme auf etwa 1,90 DM.
- Von der Entwicklung des Erdölpreises werden keine Preissteigerungstendenzen mehr auf das Inland übertragen, er wird mit etwa 18 US-Dollar je Barrel recht stabil bleiben.
- Die Geldpolitik verfolgt international einen moderaten Kurs; die Bundesbank wird ihre Zügel lockern.

Zu einer solchen Lockerung wird die Bundesbank um so eher bereit sein, als sich schon bald nach der Jahreswende 1988/89 die monetäre Expansion abzuschwächen begann. Bei den Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik ist allerdings anzunehmen, daß die von der bisherigen restriktiveren Politik ausgelösten retardierenden Einflüsse die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik noch einige Zeit mitbestimmen werden. Die Stärke, mit der dies zu spüren sein wird, hängt allerdings in erheblichem Maße von der Entwicklung der Kosten, d. h. von den Lohnsätzen und den Importpreisen, ab. Entsteht von hier aus kein inflationärer Druck, bleibt ausreichender monetärer Spielraum für die reale Aufwärtsentwicklung.

Hinsichtlich der Lohnentwicklung hat es in letzter Zeit bei einigen noch bis ins nächste Jahr laufenden mittelfristigen Tarifabkommen Abmachungen gegeben, mit denen eine aufgrund der jüngsten Preis- und Gewinnentwicklung aufkommende Beunruhigung bei den Arbeitnehmern zumindest eingedämmt worden ist (Automobilindustrie, chemische Industrie). Diese Signale geben Grund zu der Annahme, daß bei den Tarifabschlüssen im kommenden Jahr moderate, wenn auch etwas höhere Steigerungen der tariflichen Stundenlöhne vereinbart werden als in den auslaufenden Verträgen. Dies wäre dann etwas über 4 vH.

Bei einem solchen Kurs von Geldpolitik und Lohnpolitik würden die Impulse, die von den Steuersenkungen im Rahmen der Steuerreform 1990 ausgehen werden, die konjunkturelle Entwicklung prägen.

Allerdings wird ein Teil der reformbedingten Impulse durch konjunkturelle Mehreinnahmen bei den öffentlichen Haushalten kompensiert werden; diese dürften zur Begrenzung der Defizite verwendet werden. Das Staatsdefizit wird daher mit rd. 15 Mrd. DM (Abgrenzung der VGR) sehr viel geringer sein, als noch zu Beginn des Jahres erwartet. Während der Fehlbetrag der Gebietskörperschaften auf 33 Mrd. DM steigt, wird der Überschuß der Sozialversicherungsträger noch etwas größer als in diesem Jahr ausfallen.

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften werden um 3 vH zunehmen, die Einnahmen indes nahezu stagnieren; bei dieser Schätzung wurde eine gleichhohe Gewinnabführung der Bundesbank wie in diesem Jahr unterstellt. Die Ausgaben der Sozialversicherung dürften um reichlich 3 vH steigen, während bei den Einnahmen wiederum mit einer Erhöhung von über 4 vH zu rechnen ist.

Als Folge der Steuerreform wird sich das konjunkturelle Tempo zu Beginn des kommenden Jahres in der Bundesrepublik zunächst sogar merklich verstärken. Den Ausschlag hierfür wird die Entwicklung des privaten Verbrauchs geben, der unter dem Einfluß der steuerlichen Entlastung beschleunigt zunehmen und im weiteren Jahresverlauf deutlich expandieren dürfte.

Sehr kräftig ist der Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im kommenden Jahr. Sie werden nominal um rund 7 vH höher sein als im laufenden Jahr. Die Nettolohn- und -gehaltsumme wird sogar um jahresdurchschnittlich 8 vH expandieren. Zwar ist es wahrscheinlich, daß ein im Vergleich zu diesem Jahr höherer Teil des Einkommenszuwachses gespart wird, die Sparquote also steigt; doch werden die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte mit 6 vH beschleunigt zunehmen. Mit einem Anstieg um 30 Mrd. DM (zu Preisen von 1980), d.h. um real 3,5 vH, wird der private Verbrauch schneller expandieren als die Inlandsnachfrage insgesamt und die zu erwartende Zunahme des realen Bruttosozialprodukts zur Hälfte tragen.

Ein bedeutsamer Träger des Wachstums wird auch im kommenden Jahr die Ausfuhr sein, obwohl ein schwächerer Anstieg des realen Welthandels und ein wieder steigender Außenwert der D-Mark, insbesondere im Vergleich zum US-Dollar, zu einem verringerten jahresdurchschnittlichen Wachstum führen werden (6 vH gegenüber 9 vH im laufenden Jahr). Vor allem verspricht die rege Nachfrage nach solchen Gütern, bei denen die Bundesrepublik eine Spitzenstellung einnimmt, weltweit, insbesondere aber in den westeuropäischen Ländern, anzuhalten. Zum Teil wird diese Auslandsnachfrage von deutschen Unternehmen selbst entfaltet, die sich im Hinblick auf den

Entwicklung der Bauinvestitionen
zu Preisen von 1980

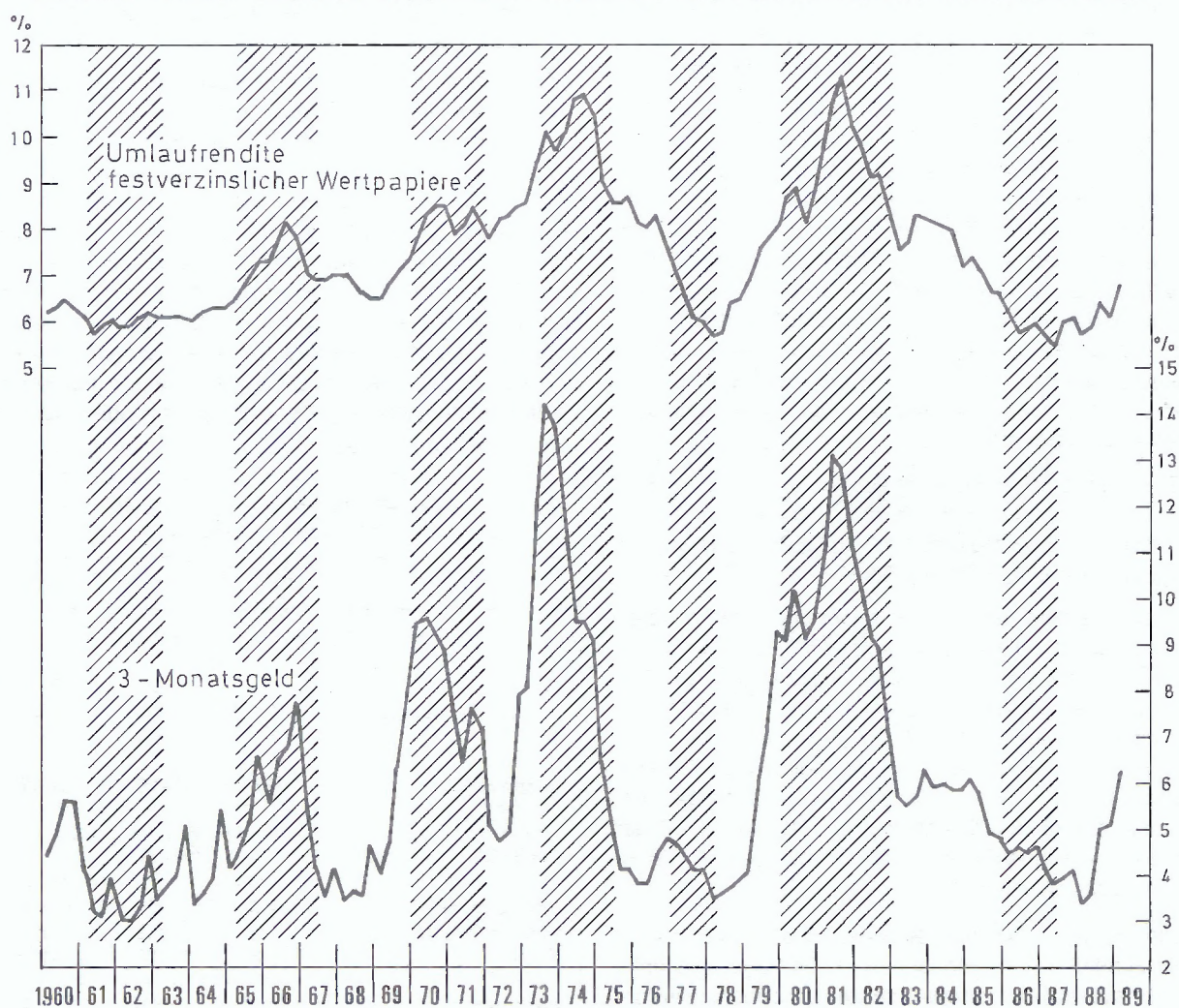
	1988	1989	1990
	in Mrd.DM		
Wohnbauten	90,4	95,0	98,0
Wirtschaftsbauten	70,1	74,0	76,0
Staat	38,1	39,0	39,5
Insgesamt	198,6	208,0	213,0
	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr		
Wohnbauten	4,5	5,0	3,0
Wirtschaftsbauten	5,9	5,5	2,5
Staat	2,3	3,0	1,0
Insgesamt	4,5	5,0	2,5
Quellen: 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; 1989 und 1990 Prognose des DIW. — Prognostizierte Werte gerundet.			

Europäischen Binnenmarkt in den anderen europäischen Ländern Produktions- und Vertriebsstätten schaffen.

Das hohe und weiter steigende Niveau der Warenausfuhr hat seit etwa Mitte letzten Jahres erhebliche Bedeutung für die Verstärkung der Investitionsneigung im Inland gehabt und wird sie behalten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden im kommenden Jahr weiter deutlich zunehmen; die hier geschätzte Zuwachsrate von rund 6,5 vH könnte überboten werden, wenn die inländischen Erzeuger von Investitionsgütern ihre Kapazitäten verstärkt ausweiten und es verstehen, durch organisatorische Verbesserungen die vorhandenen Kapazitäten mehr auszunutzen. Von den Investitionsbedingungen her sind die Möglichkeiten zur Beschleunigung der Kapazitätsauswei-

tung auch im nächsten Jahr im ganzen als sehr günstig einzuschätzen. Bei sehr hohem Niveau der Gewinne und positiven Renditeerwartungen der Unternehmen wirken die gestiegenen Zinsen kaum als Bremse für die weitere Investitionstätigkeit, da die enger werdenden Kapazitätsreserven unübersehbar auf die Dringlichkeit kapazitätswirksamer Investitionen hinweisen. Die Unternehmen sind dabei in der Lage, ihre Investitionen weitgehend aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Bei den in diesem Zusammenhang bedeutsamen Bauinvestitionen der Unternehmen wird sich allerdings eine so hohe reale Steigerung wie in diesem Jahre kaum wieder erreichen lassen, denn hier müssen in der Prognose für das erste Vierteljahr 1990 „normale“ Witterungsbedingungen vorausgesetzt werden, die im Vergleich zu den ersten Monaten

LANG- UND KURZFRISTIGE ZINSEN IM KONJUNKTURVERLAUF



//////, Phasen konjunktureller Abschwächung, gemessen an den geglätteten saisonbereinigten Auslastungskoeffizienten der verarbeitenden Industrie aus dem Ifo-Konjunkturtest.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

dieses Jahres zunächst zu einem negativen Basiseffekt führen werden, der auch den jahresdurchschnittlichen Zuwachs (auf 2,5 vH) drücken wird.

Ein ähnlicher Effekt ist auch bei den Wohnbauten wahrscheinlich. Trotz der weiter kräftig expandierenden Nachfrage und der vermehrten Förderung des sozialen Wohnungsbaus wird sich der Zuwachs abschwächen, mit 3 vH jedoch immer noch beachtlich bleiben. Einen positiven Beitrag zum Wachstum der realen Bauinvestitionen insgesamt kann man auch vom Staat erwarten. Das grundsätzliche Festhalten am Konsolidierungskurs, bei dem der Anstieg der Investitionsausgaben stark an der geplanten Zunahme der Gesamtausgaben orientiert wird, dürfte allerdings nur noch eine Erhöhung der realen öffentlichen Bauinvestitionen um etwa 1 vH ermöglichen, denn die raschere Verteuerung der Bauinvestitionen, die sich nun auch wegen der in den letzten Jahren viel zu stark eingeschränkten Kapazitäten des Baugewerbes ergibt, wird den nominalen Ausgabenanstieg weitgehend aufzehren. Trotz der insgesamt zu erwartenden Wachstumsabschwächung bei den realen Bauinvestitionen bilden diese auch im kommenden Jahr eine wichtige Konjunkturstütze.

Der reale Zuwachs des Bruttosozialprodukts dürfte 1990 alles in allem etwa 3 vH betragen. Anders als in diesem Jahr, in dem die Entwicklung von Sozialprodukt und Inlandsprodukt auseinanderdriftet, beschreibt diese Rate auch das Anstiegstempo der inländischen Produktion. Die Einfuhr wird dabei, mit angeregt durch eine stärkere D-Mark, weiter zügig expandieren, wobei Fertigwaren (Investitionsgüter und Güter des privaten Verbrauchs) das Tempo bestimmen. Da die Einfuhren von Rohstoffen und anderen Vorprodukten auch aus lagerzyklischen Gründen unterdurchschnittlich zunehmen werden und der Anstieg der Energieeinfuhren gering bleiben wird, drückt die hier geschätzte Zuwachsrate des Imports von Waren und Diensten (5,5 vH) nicht die konjunkturelle Aufschwungstendenz aus. Eine Reduzierung des realen Außenbeitrags ist dabei nicht wahrscheinlich, im Gegenteil, dieser dürfte sogar weiter zunehmen. Entsprechendes gilt für den nominalen Außenbeitrag und den Überschuß der Leistungsbilanz: In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik wird er auf etwa 120 Mrd. DM geschätzt.

Die Expansion der Beschäftigtenzahl wird sich im Jahre 1990 fast ungebremst fortsetzen. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wird im Jahresdurchschnitt um etwa 280 000 höher sein als im laufenden Jahr. Doch ergibt sich für die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen wohl kein Rückgang mehr, denn das Erwerbspersonenpotential erhöht sich vor allem aufgrund der Zuwanderungen von Aussiedlern und Umsiedlern weiterhin stark, wobei ein größerer Teil der im laufenden Jahr in die Bundesrepublik Gekommenen nach der Absolvierung von Sprachkursen und anderen Vorbereitungen erst im Jahre 1990 zum Erwerbspersonenpotential zu rechnen sein wird. Die

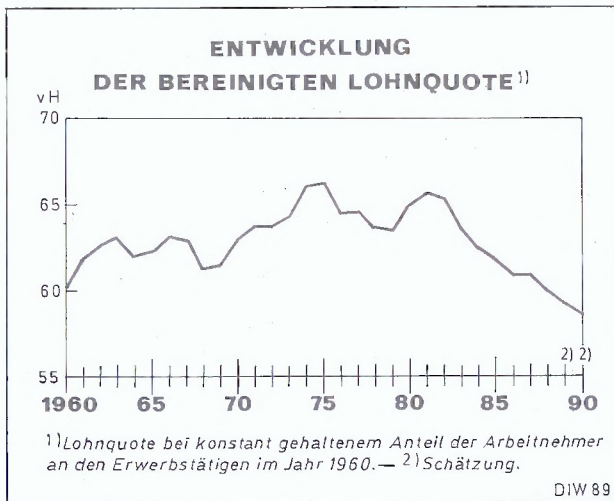
Zahl von 2 Millionen Arbeitslosen wird, wie in diesem Jahre, nur in den saisonal begünstigten Monaten, nicht aber im Jahresdurchschnitt unterschritten werden.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Unter rein binnenwirtschaftlichem Blickwinkel gibt es zwei entscheidende Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Expansion in einem Tempo, wie es in dieser Prognose unterstellt wird. Erstens, die Geldpolitik muß den eingeschlagenen pragmatischen Kurs fortsetzen, auch wenn sie dabei nicht frei von außenwirtschaftlichen Zwängen ist. Konkret heißt das: Bei weiterhin großer Unsicherheit über die Entwicklung der Geldnachfrage sollte die Bundesbank versuchen, das Geldangebot so zu steuern, daß weitere nennenswerte Zinssteigerungen vermieden werden. Zinserhöhungen in einem größeren Ausmaß — seien sie binnenwirtschaftlich oder außenwirtschaftlich motiviert — müßten auch bei guter Exportkonjunktur früher oder später rezessive Tendenzen im Inland auslösen. Wie das Schaubild „Kurz- und langfristige Zinsen im Konjunkturverlauf“ zeigt, ist diese Schwelle im Zeitablauf sehr unterschiedlich hoch, also abhängig von vielen, situationsspezifischen Bedingungen. Es kann daher keine quantitative Festlegung eines optimalen Zinsniveaus geben. Die Bundesbank ist aber gut beraten, vorsichtig zu disponieren. So hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt, daß der Potentialpfad in Zeiten stark schwankender und im Trend steigender Geldnachfrage allein keine verlässliche Orientierung für die angemessene Entwicklung des Geldangebots sein kann. Das angeblich aufgestaute Inflationspotential — gemessen an der Abweichung der tatsächlichen Geldangebotsausweitung vom Zielpfad — war zu einem Teil Expansionspotential und zu einem anderen das Ergebnis einer erhöhten Liquiditätspräferenz. Inflationsbeschleunigung ist heute nicht das zentrale Problem der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Ob es dazu kommt, hängt, weitgehend unabhängig von der Überschreitung der geldpolitischen Ziele in der Vergangenheit, in hohem Maße von der künftigen Lohnentwicklung ab. Zu Beginn nächsten Jahres stehen eine Reihe wichtiger Tarifverhandlungen an. Die zweite entscheidende Voraussetzung dieser Prognose ist damit die Annahme, daß die kommenden Tarifabschlüsse Anschluß an die bisherige Entwicklung halten.

Eine solche Empfehlung mag, angesichts des enormen Zurückbleibens der Arbeitnehmerinkommen hinter den Zuwächsen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den letzten acht Jahren, nicht hinreichend begründet sein. Richtig ist, daß die bereinigte Lohnquote schon seit dem vergangenen Jahr — und noch stärker in diesem und im nächsten Jahr — unter dem Durchschnittswert in den sechziger Jahren liegt und auch niedriger ist als in jedem Jahr seit 1960. Richtig ist



auch, daß, angesichts der Gewinnexplosion in diesem Aufschwung und dem permanenten Zurückbleiben der Lohnstückkostenzunahme im Inland hinter der der Handelspartner, den Klagen der Unternehmerverbände über die Entwicklung der Lohn- und Lohnnebenkosten und den daraus gezogenen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen die Basis fehlt. Dennoch bleibt die Erkenntnis, daß die Arbeitnehmer in einer Aufschwungsphase der Konjunktur — bei den gegebenen Kräfteverhältnissen — praktisch keine Chance haben, die Verteilungssituation zu ihren Gunsten zu ändern, ohne Gefahr zu laufen, daß durch die darauf folgende geldpolitische Restriktion der Aufschwung beendet wird. Dieses Risiko sollte bei den noch hohen Arbeitslosenzahlen niemand eingehen. Deutlich höhere Lohnabschlüsse im nächsten Jahr würden von den Unternehmen bei weiterhin expandierender Nachfrage wahrscheinlich in höhere Preise umgesetzt, was von der Bundesbank als Beginn einer Lohn-Preis-Spirale interpretiert und mit einer Verschärfung ihrer Politik beantwortet würde. Im Ergebnis käme es dann unter Umständen zu einer Verteilungskorrektur, wie sie für Abschwungsprozesse normal ist, aber nur um den Preis wieder steigender Arbeitslosigkeit.

Die gute konjunkturelle Entwicklung wird das staatliche Defizit — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Ge-

samtrechnung — in diesem Jahr nahezu verschwinden lassen. Damit ist der Maxime der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, selbst wenn das Defizit im nächsten Jahr wieder etwas steigen wird, Genüge getan. Zwar ist eine Verminderung staatlicher Defizite in einem konjunkturellen Aufschwung normal, ob allerdings diese „Totalkonsolidierung“ in gesamtwirtschaftlicher Sicht eine zu begrüßende Entwicklung ist, ist eine andere Frage. Zunächst bedeutet sie, daß sich der Staat der Aufgabe entzieht, den privaten Ersparnissen eine investive inländische Verwendungsmöglichkeit zu bieten. Da auch die Unternehmen per Saldo nur noch in geringem Ausmaß Fremdmittel nachfragen (die Bruttoinvestitionen werden über 90 vH aus eigenen Mitteln finanziert), entspricht dem Sparen des Inlandes praktisch nur noch das Entsparen (Leistungsbilanzdefizit) des Auslandes. Ganz unabhängig von den oben angesprochenen Problemen der damit implizierten außenwirtschaftlichen Überschüsse, verkehrt sich angesichts der weiterhin zu niedrigen Investitionstätigkeit der öffentlichen Hände das zentrale Argument für die Konsolidierung in sein Gegenteil. War die Finanzpolitik angetreten, um über die Konsolidierung der Staatshaushalte zukünftigen Generationen den Rücken frei zu halten von Zinszahlungen und Tilgung der Schulden, so ist jetzt zu fragen, welche Belastungen der natürlichen Umwelt, welche Versorgungsdefizite bei der öffentlichen Infrastruktur und vielen anderen öffentlichen Bereichen den zukünftigen Generationen überlassen werden sollen, weil der Staat die Konsolidierung seiner Haushalte zum Selbstzweck macht. Das Niveau der öffentlichen Investitionen ist 1989 nicht höher als 1980².

Wenn auf diese Weise privater Reichtum mit öffentlicher Armut erkaufte wird, droht die soziale Komponente der Marktwirtschaft ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Bei der allfälligen Umstrukturierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage für den Fall sinkender außenwirtschaftlicher Überschüsse muß auch der Staat die ihm originär obliegenden Aufgaben energisch angehen.

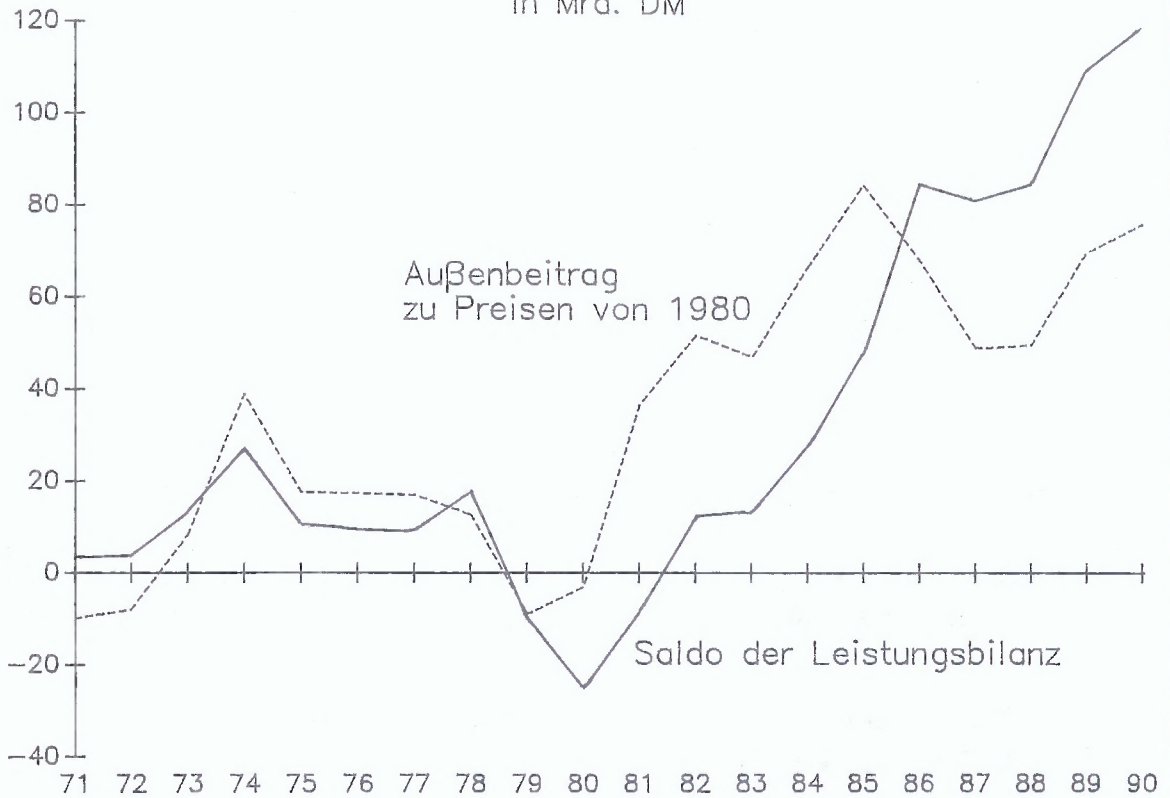
² Vgl. dazu auch: Finanzpolitische Probleme am Ende der 80er Jahre. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1989, S. 279 ff.

Zur außenwirtschaftlichen Problematik

Das gegenwärtige Tempo der wirtschaftlichen Expansion in der Bundesrepublik Deutschland widerlegt eine Reihe von Vorstellungen, nach denen eine Beschleunigung des Wachstums auf deutlich mehr als 2 1/2 vH ohne inflationäre Verspannungen nicht möglich sei, und den daraus gezogenen Schluß, daß stärkere expansive wirtschaftspolitische Impulse unangebracht seien. Das DIW

hat dagegen in den letzten Jahren die Auffassung vertreten, daß eine zusätzliche wirtschaftspolitische Anregung angebracht sei, um die inländische Absorption zu erhöhen und damit — über steigende Einfuhren — sowohl zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt als auch der Arbeitslosigkeit beizutragen. Das ist in den entscheidenden Jahren nicht

SALDO DER LEISTUNGSBILANZ UND REALER AUSSENBEITRAG in Mrd. DM



Quellen: Bis einschl. 1988 Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt. 1989 und 1990 Prognose des DIW.

DIW 89

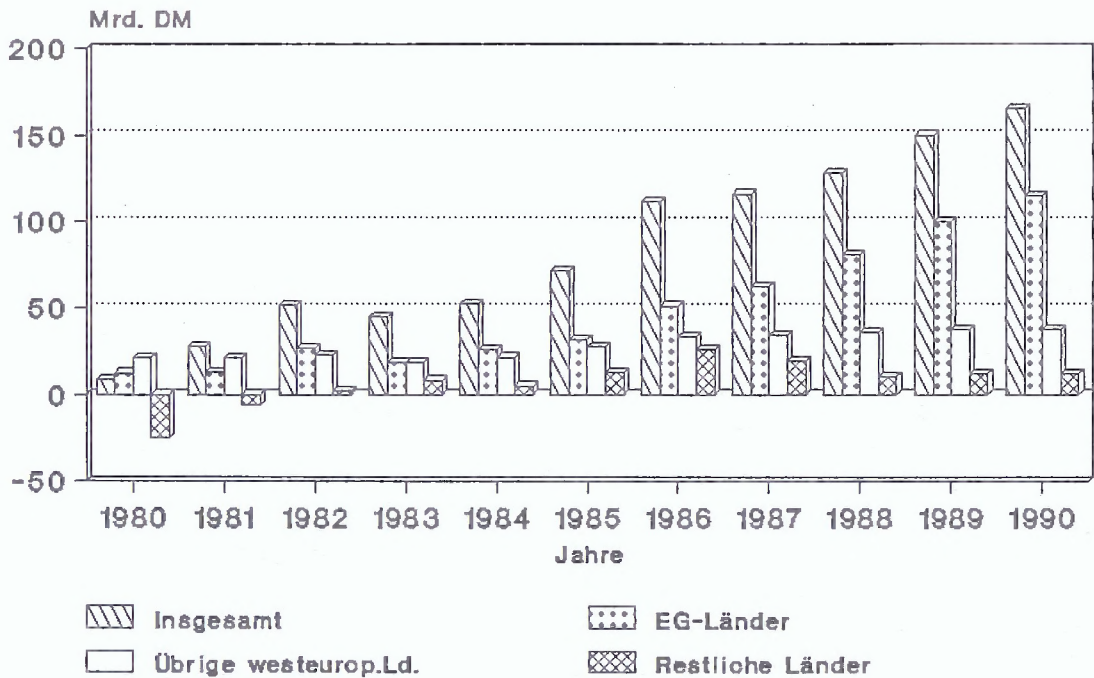
geschehen; anstelle der zum Abbau des Leistungsbilanzüberschusses notwendigen Steigerung der Inlandsnachfrage hat zunächst die Auslandsnachfrage der konjunkturellen Entwicklung Dynamik verliehen. Der Leistungsbilanzüberschuß wird daher in diesem Jahr auf 5 vH des Bruttosozialprodukts steigen, eine Größe, die in der jüngeren Geschichte für ein großes Industrieland einmalig ist. Der japanische Überschuß ist — gemessen am Sozialprodukt — nur halb so groß.

Gleichwohl wird in der Bundesrepublik die Problematik dieser Entwicklung entweder nicht zur Kenntnis genommen oder mit dem Hinweis verharmlost, marktmäßig finanzierte Salden seien keine außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Gleichzeitig wird das Korrelat der Leistungsbilanzüberschüsse, der hohe Nettokapitalexport, beklagt, weil diese Mittel nicht im Inland für Investitionen zur Verfügung stünden. Die Verharmlosung der Leistungsbilanzüberschüsse gibt zu denken, wenn man sich erinnert, daß die Reaktion in der Bundesrepublik auf das 1980 keineswegs sehr hohe Leistungsbilanzdefizit von 2 vH des Bruttosozialprodukts aus der Sicht ausländi-

scher Beobachter panikartig war. Beklagt man den zu hohen Kapitalexport, so wird verkannt, daß ohne den Erfolg der deutschen Exporteure auf den Weltmärkten diese Mittel weder für Kapitalexport noch für Investitionen zur Verfügung gestanden hätten, und daß ein ähnlich großer Investitionsanreiz, wie ihn die Exportnachfrage darstellte, durch Zinssenkung allein nicht herbeizuführen gewesen wäre. Die Frage aber, ob marktmäßig finanzierte Leistungsbilanzsalden „Ungleichgewichte“ darstellen, bedarf einer näheren Prüfung. Läßt sie sich bejahen, ist weiter zu fragen, welche Mittel zum Abbau des Ungleichgewichts heute noch zur Verfügung stehen.

Die Grenzen internationaler Verschuldungsfähigkeit abzuleiten, ist ähnlich schwierig, wie die Grenzen der Staatsverschuldung oder die Grenzen der Verschuldung der privaten Haushalte festlegen zu wollen. Doch die Tatsache, daß solche Grenzen objektiv nicht festzulegen sind, bedeutet nicht, daß sie nicht existieren. Ökonomische Grenzen der Verschuldung eines Landes werden — wie die Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer zeigt — spätestens dann sichtbar, wenn die Zinsbela-

Warenbilanzsalden regional (Spezialhandel)



Quellen: Bis einschl. 1988 Statistisches Bundesamt. 1989 und 1990 Prognose des DIW.

DIW 89

stung einen immer größeren Anteil der Exporterlöse aufzehrt, so daß nur um den Preis einer permanent zunehmenden Neuverschuldung das Konsum- und Investitionsniveau aufrechterhalten werden kann. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn der Kapitalzufluß nicht für die Ausweitung von Produktionskapazitäten eingesetzt wird. Nur hohe Investitionen ermöglichen auf Dauer hohe Zinszahlungen, weil sie zu einer Wachstumsrate führen, bei der ohne Einschnitte in den realen Konsum der Schuldendienst finanziert werden kann.

Zwar ist eine solche ökonomische Grenze im Verhältnis der Industrieländer untereinander heute sicherlich nicht erreicht. Die Kumulation von Verbindlichkeiten jedoch, die mit den Leistungsbilanzdefiziten vieler Länder verbunden ist, stößt wahrscheinlich schon weit vorher an politische Grenzen. Schlagworte, wie „Ausverkauf des eigenen Landes“ oder „Arbeiten für den Schuldendienst“ kennzeichnen in Defizitländern eine politische Spannung, die sich leicht in zunehmendem Handelsprotektionismus, Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs und politischen Eingriffen in die Schuldendienstleistungen entlädt.

Die Kumulation von enormen Forderungen auf der einen und enormen Verbindlichkeiten auf der anderen Seite birgt jedenfalls zunehmende Risiken. So ist die jüngste Warnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berechtigt, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt eine kritische Masse überschritten werden kann, auch wenn nicht vorherzusehen ist, wann und wo das geschieht³.

Gegenwärtig scheinen solche Warnungen in der internationalen politischen Diskussion keine entscheidende Rolle zu spielen, im Gegensatz zu den Jahren 1985 bis 1987. Das liegt offensichtlich daran, daß das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten tendenziell sinkt. Daß der Überschuß der Bundesrepublik wieder zunimmt, gilt offenbar nicht als schwerwiegend, denn die derzeit günstigere geographische Verteilung der entsprechenden Defizite bei den Handelspartnern schafft Entlastung.

Bei den gegenwärtigen Wechselkursrelationen sind kaum Möglichkeiten zum Abbau der außenwirtschaftlichen Salden zu sehen. Konnte man vor drei bis vier

³ Jahresbericht der BIZ, nach Handelsblatt vom 13.6.1989.

Jahren noch hoffen, Entlastung durch eine Stärkung der Inlandsnachfrage in den Überschußländern zu schaffen, so ist dieser „Königsweg“ jetzt kaum noch begehbar. Bei hoher Kapazitätsauslastung würden dort zusätzliche wirtschaftspolitische Impulse die konjunkturellen Spannungen vergrößern. Einhergehen müßte eine Strategie der Stärkung der Inlandsnachfrage daher mit einer Aufwertung der Währung der Überschußländer, denn damit könnten Ressourcen, die bisher durch Exportnachfrage gebunden sind, für Inlandsnachfrage freigemacht werden.

Es ist jedoch schwer, auf die „richtige“ Veränderung der Wechselkursrelationen hinzuwirken. Die Geldpolitik befindet sich hierbei in dem Dilemma, daß ein restriktives Vorgehen in den Defizitländern und ein expansives in den Überschußländern unerwünschte Wirkungen auf die Wechselkurse hat; sie verändern sich in falscher Richtung. Die einzige realistische Option besteht dann in dem Versuch einer Verminderung der inländischen Absorption durch die Finanzpolitik in den Defizitländern.

Nimmt man alles zusammen, ist zu befürchten, daß eine durchgreifende Verminderung der weltweiten Ungleichgewichte nur noch durch eine Kontraktion in den Vereinigten Staaten zustande kommen kann, die von Pessimismus über die weitere Entwicklung und — damit verbunden — Abwertungserwartungen für den Dollar begleitet sein müßte. Für eine bessere Lösung ist eine Neuordnung des gegenwärtigen Weltwährungssystems unumgänglich.

Der Spielraum der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik ist eng. Die Steuersenkung des nächsten Jahres ist unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der inländischen Nachfrage zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sie wird aber bei den gegebenen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die weitere Zunahme der realen und nominalen Außenhandelsalden nicht verhindern. Die gegenwärtig zu beobachtende Hektik an den Devisenmärkten ist womöglich Ausdruck der Unsicherheit aller Beteiligten hinsichtlich der schwindenden Chancen für eine „sanfte“ Lösung.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1989 und 1990

	1988	1989	1990	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	0,6	1,2	1,1	0,5	0,7	1,1	1,3
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,6	-0,7	-1,1	-0,4	-0,9	-0,5	-0,9
Arbeitstage	0,6	-0,4	-0,2	1,5	-0,3	0,5	-1,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,6	0,0	-0,0	1,6	-0,5	1,0	-1,0
Produktivität ¹⁾	2,9	3,0	3,0	2,2	3,6	2,5	3,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	3,5	3,0	3,0	3,9	3,1	3,5	2,5
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd.DM							
Privater Verbrauch	1 157,2	1 217,0	1 290,5	556,1	601,1	585,0	632,5
Staatsverbrauch	409,7	418,0	431,0	189,3	220,4	194,5	223,5
Anlageinvestitionen	420,3	456,0	490,0	192,4	227,9	210,5	245,5
Ausrüstungen	184,9	202,0	220,5	83,3	101,6	92,0	110,0
Bauten	235,4	254,0	270,0	109,1	126,3	118,5	135,5
Vorratsveränderung	14,7	15,5	11,0	17,4	-2,7	21,0	-5,5
Außenbeitrag	119,6	144,5	157,0	58,4	61,2	69,0	75,0
Ausfuhr	685,2	770,5	836,0	330,8	354,3	377,0	393,5
Einfuhr	565,5	626,0	679,0	272,4	293,1	307,5	318,5
Bruttosozialprodukt	2 121,5	2 251,0	2 379,5	1 013,6	1 107,9	1 080,0	1 171,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,9	5,0	6,0	4,4	3,4	5,0	5,0
Staatsverbrauch	3,1	2,0	3,0	3,2	3,1	2,5	1,5
Anlageinvestitionen	7,5	8,5	7,5	9,9	5,5	9,5	8,0
Ausrüstungen	8,4	9,5	9,0	7,5	9,2	10,5	8,5
Bauten	6,7	8,0	6,0	11,8	2,6	8,5	7,5
Ausfuhr	7,3	12,5	8,5	6,9	7,8	14,0	11,0
Einfuhr	7,3	10,5	8,5	6,8	7,7	13,0	8,5
Bruttosozialprodukt	5,0	6,0	5,5	5,2	4,9	6,5	5,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 a) Mrd.DM							
Privater Verbrauch	949,2	966,0	998,0	457,4	491,8	466,5	499,5
Staatsverbrauch	334,2	335,0	339,5	162,3	171,8	163,5	171,5
Anlageinvestitionen	352,8	372,5	388,0	162,4	190,4	173,5	199,0
Ausrüstungen	154,2	164,5	175,0	69,7	84,5	75,5	89,0
Bauten	198,6	208,0	213,0	92,7	105,9	98,0	110,0
Vorratsveränderung	13,9	13,5	9,5	16,6	-2,7	19,5	-6,0
Außenbeitrag	49,8	70,0	76,5	24,4	25,3	33,0	37,0
Ausfuhr	580,4	631,5	668,5	283,1	297,3	311,5	320,0
Einfuhr	530,6	561,5	592,5	258,6	272,0	278,5	283,0
Bruttosozialprodukt	1 699,8	1 757,5	1 811,5	823,1	876,7	856,0	901,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 650,0	1 687,5	1 735,0	798,7	851,4	823,0	864,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,5	2,0	3,5	3,3	1,8	2,0	1,5
Staatsverbrauch	1,8	0,5	1,5	1,9	1,7	0,5	-0,0
Anlageinvestitionen	5,8	5,5	4,0	8,7	3,5	7,0	4,5
Ausrüstungen	7,5	7,0	6,5	6,9	8,0	8,5	5,5
Bauten	4,5	5,0	2,5	10,1	0,1	5,5	4,0
Ausfuhr	5,5	9,0	6,0	5,6	5,3	10,0	7,5
Einfuhr	5,9	6,0	5,5	5,8	5,9	7,5	4,0
Bruttosozialprodukt	3,4	3,5	3,0	3,9	3,1	4,0	3,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	3,5	2,5	3,0	3,9 10,0	3,2	3,0	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1988	1989	1990	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	1,3	3,5	2,5	1,1	1,5	3,0	3,5
Staatsverbrauch	1,3	1,5	1,5	1,2	1,4	2,0	1,5
Anlageinvestitionen	1,5	2,5	3,0	1,1	1,9	2,5	3,0
Ausrüstungen	0,8	2,5	2,5	0,5	1,1	2,0	3,0
Bauten	2,1	3,0	3,5	1,5	2,5	2,5	3,0
Ausfuhr	1,8	3,5	2,5	1,2	2,3	3,5	3,0
Einfuhr	1,3	4,5	3,0	0,9	1,7	5,0	4,5
Bruttosozialprodukt	1,5	2,5	2,5	1,3	1,7	2,5	3,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd.DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 123,3	1 174,0	1 231,5	528,7	594,6	552,5	621,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	904,5	946,5	995,0	425,6	478,9	445,5	501,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	603,9	625,0	674,5	287,4	316,5	298,0	327,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	528,3	574,5	616,5	255,3	273,0	281,5	293,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	451,4	491,0	535,5	219,7	231,7	242,0	249,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	373,5	414,5	446,5	175,4	198,0	199,5	215,0
Nichtentnommene Gewinne	77,9	76,5	89,0	44,3	33,6	42,5	34,0
Volkseinkommen	1 651,6	1 748,5	1 848,0	784,0	867,6	834,0	914,0
Abschreibungen	260,8	277,0	295,0	128,8	132,1	136,5	141,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	209,1	225,5	236,5	100,8	108,3	109,5	116,5
Bruttosozialprodukt	2 121,5	2 251,0	2 379,5	1 013,6	1 107,9	1 080,0	1 171,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,8	4,5	5,0	4,0	3,7	4,5	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,8	4,5	5,0	3,9	3,6	4,5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,0	3,5	8,0	4,1	3,9	3,5	3,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,0	3,5	4,0	3,2	2,8	3,5	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,2	2,0	6,5	3,4	3,1	2,5	2,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,5	9,0	7,5	8,7	8,3	10,5	7,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,5	8,5	9,0	8,6	8,4	10,0	7,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	1,5	11,0	8,0	0,1	2,9	14,0	8,5
Volkseinkommen	5,3	6,0	5,5	5,5	5,1	6,5	5,5
Abschreibungen	4,6	6,5	6,5	4,1	5,0	6,0	6,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	3,6	8,0	5,0	4,3	2,9	8,5	7,5
Bruttosozialprodukt	5,0	6,0	5,5	5,2	4,9	6,5	5,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	603,9	625,0	674,5	287,4	316,5	298,0	327,0
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	342,8	353,0	367,0	168,9	173,8	174,5	178,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	430,9	465,0	498,5	207,0	223,9	222,5	242,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,9	19,0	19,5	8,8	9,0	9,5	9,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	36,2	37,5	39,0	17,4	18,8	18,0	19,5
Verfügbares Einkommen	1 323,5	1 386,5	1 481,5	637,1	686,4	667,5	718,5
Privater Verbrauch	1 157,2	1 217,0	1 290,5	556,1	601,1	585,0	632,5
Ersparnis	166,3	169,0	191,0	80,9	85,4	83,0	86,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,6	12,2	12,9	12,7	12,4	12,4	12,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1988	1989	1990	1988		1989	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltssumme	4,0	3,5	8,0	4,1	3,9	3,5	3,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	4,6	3,0	4,0	4,4	4,8	3,5	2,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	3,7	8,0	7,0	3,9	3,5	7,5	8,0
Verfügbares Einkommen	4,2	4,5	7,0	4,2	4,1	5,0	4,5
Privater Verbrauch	3,9	5,0	6,0	4,4	3,4	5,0	5,0
Ersparnis	6,0	1,5	13,0	3,0	9,0	2,5	1,0
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁵⁾							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	512,5	554,0	556,0	239,8	272,7	260,5	293,5
Sozialbeiträge	366,2	382,0	398,5	173,5	192,7	180,0	201,5
Erwerbseinkünfte	20,3	30,0	31,0	9,6	10,7	19,5	10,5
Sonstige laufende Übertragungen	25,4	26,5	26,0	12,5	12,9	13,5	13,0
Empfangene Vermögensübertragungen	6,9	7,0	7,0	3,2	3,6	3,0	4,0
Einnahmen insgesamt	931,4	999,5	1019,0	438,8	492,6	477,0	522,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	409,7	418,0	431,0	189,3	220,4	194,5	223,5
Zinsen	59,9	62,0	63,5	32,4	27,6	33,5	28,5
Laufende Übertragungen an	438,3	452,5	470,5	214,5	223,8	222,5	230,0
Private Haushalte	348,8	359,5	374,0	173,1	175,7	178,0	181,5
Unternehmen	52,0	54,0	55,5	24,3	27,8	25,5	28,5
Ausland	37,5	39,0	40,5	17,2	20,3	18,5	20,0
Geleistete Vermögensübertragungen	30,7	32,5	30,0	13,0	17,7	13,5	19,0
Nettoinvestitionen	35,0	37,0	38,5	14,5	20,5	15,5	21,0
Ausgaben insgesamt	973,6	1001,5	1033,0	463,6	510,0	479,5	522,5
Finanzierungssaldo	-42,2	-2,5	-14,5	-24,8	-17,4	-2,5	0,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,2	8,0	0,5	5,0	3,5	8,5	7,5
Sozialbeiträge	4,5	4,5	4,5	5,0	4,0	4,0	4,5
Erwerbseinkünfte	-26,9	48,5	3,0	-43,5	-0,8	102,5	0,0
Sonstige laufende Übertragungen	17,3	4,5	-2,0	7,0	29,5	8,0	1,0
Empfangene Vermögensübertragungen	8,4	-1,0	3,0	19,7	0,0	-7,0	4,5
Einnahmen insgesamt	3,7	7,5	2,0	3,2	4,1	8,5	6,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,1	2,0	3,0	3,2	3,1	2,5	1,5
Zinsen	3,6	3,5	2,5	0,7	7,2	3,0	3,5
Laufende Übertragungen an	6,0	3,0	4,0	5,3	6,7	3,5	3,0
Private Haushalte	4,7	3,0	4,0	4,8	4,5	3,0	3,0
Unternehmen	8,1	4,0	3,0	11,8	5,1	5,0	3,5
Ausland	16,6	3,5	4,5	2,0	32,7	8,5	-1,0
Geleistete Vermögensübertragungen	-2,8	6,0	-7,5	-2,5	-3,1	6,0	6,0
Nettoinvestitionen	3,2	5,5	4,0	15,7	-4,2	8,5	3,0
Ausgaben insgesamt	4,2	3,0	3,0	4,2	4,3	3,5	2,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — 3) Soziale Leistungen nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge, Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1988 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft3/1989) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; 1989 und 1990 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich.** Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **/I Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **/II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zu betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West).** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse —.** Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel). 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 364. S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrsverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungsstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen.** Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskontrolle.** Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.
- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarkmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarkanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1989/90. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten